

Sabine Bangert, MdA

Bericht 2014/2015

Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik
Sprecherin für Kulturpolitik

Mitglied im Ausschuss für Arbeit, Integration, Berufliche Bildung und Frauen
Mitglied im Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten
Stellvertretende Vorsitzende des Untersuchungsausschuss Staatsoper

Erstellt am 17.12.2015

Inhalt

Arbeitsmarktpolitik	3
Nachhaltige existenzsichernde Arbeit und Armutsbekämpfung	3
Arbeitsmarktförderung des Landes Berlin	5
Zielgruppenorientierte und nachhaltige Integration in den Berliner Arbeitsmarkt	6
Kulturpolitik	9
Kulturförderung und Räume für künstlerische Produktion in Berlin	9
Haushaltsverhandlungen	12
Humboldt-Forum und die Museumsrochade in Berlin	13
Bibliotheken	15
Staatsoper Untersuchungsausschuss	17
Erinnerungskultur	18
Einzelne Institutionen und Themen	19

Arbeitsmarktpolitik

Nachhaltige existenzsichernde Arbeit und Armutsbekämpfung

Berlins Wirtschaft boomt und auch die Erwerbslosenzahlen sind deutlich rückläufig. Aber an einem großen Teil der Erwerbstätigen geht dieser wirtschaftliche Aufschwung vorbei. Während sich die Konjunktur gut entwickelt, finden sich viele Menschen immer noch ungewollt in Teilzeit- oder in (mehreren) Minijobs wieder, um überhaupt ein existenzsicherndes Einkommen zu erreichen. Und müssen dazu oft noch über die Grundsicherung (Leistungen nach dem SGB II) „aufstocken“. Befristete Arbeitsverträge sind in Berlin heute quasi eine Normalität. Das Berliner Durchschnittseinkommen liegt nach wie vor deutlich unter dem anderer Großstädte. Dies ist in ganz unterschiedlichen Berufsgruppen zu beobachten und unabhängig von Bildungsabschlüssen. Auch die Ausbildungszahlen entwickeln sich nicht gleichsam positiv, wie man es nun bei den besseren Voraussetzungen für die Wirtschaft erwarten würde. Wie passt das zur gewollten Standortförderung und zum immer wieder propagierten Fachkräftemangel?

Auch die öffentliche Hand beteiligt sich übrigens hemmungslos an dieser Entwicklung. Besonders die Verwaltung glänzt mit schlechten Ausbildungszahlen, dabei wäre doch hier gerade der Aufbau an kompetenten MitarbeiterInnen dringend notwendig. Über Jahre wurde Berlins Verwaltung in hohem Maße abgebaut und Personal „outsourced“. Vielerorts halten Honorarkräfte den Betrieb unter schlechten Arbeitsbedingungen aufrecht und Sozialstandards werden vom Senat deutlich unterlaufen. Diese Prekarisierung der Arbeit führt in einen ruinösen Wettbewerb und wir bezahlen sie mit immer weiter steigenden Sozialausgaben. Deswegen habe ich arbeitsmarktpolitisch in den letzten beiden Jahren besonderes Augenmerk auf die Etablierung von existenzsichernden Arbeitsverhältnissen und auf bessere Ausbildungszahlen in Berlin gelegt.

Beschlüsse und Anträge

- Beschluss der LDK Bündnis 90/Die Grünen vom 10.10.2015
„Gute Arbeit für Berlin – Grüne gegen prekäre Beschäftigung und Lohndumping im öffentlichen Auftrag“
http://gruene-berlin.de/sites/gruene-berlin.de/files/beschluss_gute_arbeit_fuer_berlin_0.pdf
- Antrag vom 10.06.2015
„Für den Erhalt der Arbeitsplätze bei Siemens“
<http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/DruckSachen/d17-2318.pdf>

Schriftliche und Mündliche Anfragen

- Schriftliche Anfrage vom 09.03.2015
„Outsourcing von Personal- und Dienstleistungen im Verantwortungsbereich des Landes (II)“
<http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/s17-15703.pdf>
- Schriftliche Anfrage vom 09.03.2015
„Förderung der Zeitarbeit durch die Berliner Jobcenter“
<http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/s17-15702.pdf>
- Schriftliche Anfrage vom 27.01.2015
„Outsourcing von Personal- und Dienstleistungen im Verantwortungsbereich des Landes“
http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/A_Antwort_S17-15389.pdf
- Schriftliche Anfrage vom 16.06.2014
„Wie konsequent setzt der Senat das ‚Maßnahmepaket zur Bekämpfung der Schwarzarbeit in Berlin‘ um?“
<http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/s17-14002.pdf>
- Schriftliche Anfrage vom 11.04.2014
„Wie wird das Landesmindestlohngesetz umgesetzt?“
<http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/S17-13639.pdf>
- Mündliche Anfrage vom 30.01.2014
„Probleme bei der Umsetzung des Landesmindestlohngesetzes?“
http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/MA-Landesmindestlohngesetz_n17-04219.pdf
- Mündliche Anfrage (spontan) vom 16.01.2014
„Mehrkosten durch Landesmindestlohngesetz“
<http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/PlenarPr/p17-041-wp.pdf#page=33>

Veranstaltungen

- Wirtschaftsgespräch des grünen Kreisverbands Steglitz-Zehlendorf am 24.09.2015
„Fachkräftemangel – Mythos oder ernstes Zukunftsthema?“ mit Sabine Bangert, Martin Gaedt (Autor des Buches „Mythos Fachkräftemangel“), Patrick Meinhardt (Geschäftsleitung im Bundesverband mittelständischer Wirtschaft) und Christine Vogler (Landespflegerat Berlin-Brandenburg)
- Diskussionsveranstaltung mit der Fraktion der Linken und der Piraten und dem Berliner Arbeitslosenzentrum (BALZ) im Abgeordnetenhaus am 13.06.2014
„Sittenwidrige Löhne in Berlin konsequent bekämpfen“
<http://www.gruene-fraktion-berlin.de/termin/sittenwidrige-l-hne-in-berlin-konsequent>

Arbeitsmarktförderung des Landes Berlin

In der Arbeitsförderung endet das Jahr mit einer regelrechten arbeitsmarktpolitischen Katastrophe, die ich deswegen auch allein hier in den Vordergrund stellen möchte: Bis zum heutigen Tage – zwei Wochen vor Ende der Frist! – hat es die Senatsverwaltung nicht geschafft, ein neues, funktionierendes Fördermittelmanagement für die Bereiche Arbeit, Integration und Frauen auf die Beine zu stellen. Es wird ein Dienstleister gebraucht, der die gesamten Förderanträge dieser Bereiche entgegen nimmt, prüft und die Maßnahmen bewilligt und abrechnet. Ein übliches Prozedere, das nun eigentlich zum Ende des Jahres neu besetzt werden sollte. Die Folge des Leerstands: Maßnahmen im Rahmen des Programms BerlinArbeit, in der Aus- und Weiterbildung, das Berliner Jobcoaching, das Programm Soziale Teilhabe, Maßnahmen für ExistenzgründerInnen – all diese können nicht umgesetzt werden. Das Geld steht im Haushalt, aber aufgrund des Versagens des Senats kann es nicht genutzt werden!

Das wird eine große Zahl an Menschen dieser Stadt betreffen: ProjektmitarbeiterInnen werden gekündigt, TeilnehmerInnen des JobCoachings, von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, von Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung werden zum 31.12.15 nach Hause geschickt. Wann es für sie weitergeht ist ungewiss. Ungewiss ist auch, wie viele Träger dieser Maßnahmen diesen fahrlässig herbeigeführten Stillstand der Förderpolitik überleben werden. Denn die meist gemeinnützig organisierten Projektträger wurden mit Versprechen hingehalten und bleiben jetzt auf den Mietkosten und Arbeitsverträgen sitzen, die sie ohne nahtlose Anschlussfinanzierung in die Insolvenz treiben. Auf den letzten Drücker wurden nun für Teilbereiche dazu aufgerufen, Anträge innerhalb von drei (!) Tagen einzureichen. Berlin droht damit der Verlust seiner vielfältigen und hoch effizienten Projektinfrastruktur, die viele der Fürsorgeaufgaben des Landes übernommen hat. Und das in einer Situation, in der diese Angebote noch viel stärker als früher nötig sind.

Beschlüsse und Anträge

- Antrag vom 25.06.2015
„Mehr Verantwortung in der Arbeitsmarktpolitik – Qualität hat ihren Preis“
<http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/DruckSachen/d17-2375.pdf>

Schriftliche und Mündliche Anfragen

- Schriftliche Anfrage vom 23.06.2015
„Eureka Software, die Zweite!“
<http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/s17-16480.pdf>
- Schriftliche Anfrage vom 03.06.2015
„Heureka – Eureka oder entwickelt sich die Software zum Fass ohne Boden?“
<http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/s17-16348.pdf>

- Schriftliche Anfrage vom 03.11.2014
„LKZ, QvB, QfB – Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen des Senats – Erfolgsgeschichte oder Flopp?“
<http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/s17-14895.pdf>
- Schriftliche Anfrage vom 15.10.2014
„Welche Perspektiven gibt es nach der Bürgerarbeit?“
<http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/s17-14738.pdf>
- Schriftliche Anfrage vom 14.10.2014
„Langzeiterwerbslose: Lohnkostenzuschuss und Coaching vom Bund und/oder Berlin?“
<http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/s17-14714.pdf>
- Schriftliche Anfrage vom 25.03.2014
„Wie präsent ist die Hauptverwaltung in den Trägerversammlungen der Jobcenter?“
http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/S17-13504_01.pdf
- Schriftliche Anfrage vom 26.02.2014
„Avanti Allegro – ist die Umstellung der neuen Software in den Jobcentern ausreichend vorbereitet?“
<http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/S17-13298.pdf>
- Schriftliche Anfrage vom 19.02.2014
„Lohnt sich der Lohnkostenzuschuss?“
<http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/S17-13266.pdf>

Veranstaltungen

- Arbeitsmarktpolitischer Ratschlag am 04.06.2015
„Vergabe von Arbeitsmarktdienstleistungen: Qualität hat ihren Preis!“
mit Impulsen von Prof. Dr. Matthias Knuth (Forschungsabteilung *„Arbeitsmarkt – Integration – Mobilität“* (AIM) / Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) / Universität Duisburg-Essen(und Hans Peter Eich (Vorstandsvorsitzender bag arbeit e.V.)

Zielgruppenorientierte und nachhaltige Integration in den Berliner Arbeitsmarkt

Auch wenn die Erwerbslosenzahlen in Berlin derzeit rückläufig sind besteht kein Grund zum Feiern: Denn die Berliner Jobcenter verzeichnen im Jahresverlauf massive Einbrüche bei den Integrationsquoten. Dieses Paradox erklärt sich damit, dass mittlerweile viele gut Ausgebildete in (wenn auch oft schlecht abgesicherten) Jobs sind – dank der boomenden Konjunktur. Nun im wahrsten Sinne des Wortes „übriggeblieben“ sind langzeiterwerbslose

Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen, bei denen vielfach zunächst überhaupt eine Beschäftigungsfähigkeit hergestellt werden muss. So plädieren wir nach wie vor für einen Sozialen Arbeitsmarkt für einen definierten Kreis an Personen. Auch die Ausbildungsquote wird sich in Berlin nicht relevant verbessern, wenn der Senat es nicht schafft, die sozial-integrativen Maßnahmen mit der Jugendberufsagentur besser zu verzahnen und vor allem selbst als öffentliche Hand ein vorbildlicher Ausbilder zu sein. Berlin braucht endlich eine höhere Zielgruppenorientierung in der Arbeitsberatung – sei es für Ältere, für Alleinerziehende oder BerufsrückkehrerInnen, für MigrantInnen oder für Jugendliche ohne Schulabschluss – mit passgenauer Qualifizierung für einzelne Gruppen. So freut es mich auch, dass es uns in den nun abgeschlossenen Verhandlungen zum Haushalt 2016/2017 gemeinsam aus der Opposition heraus gelungen ist, die Fraueninfothek Steglitz-Zehlendorf als ein gutes Beratungsbeispiel weiter abzusichern. Zu einer guten Beratung gehört übrigens auch die Zusicherung, dass sowohl die MitarbeiterInnen der Jobcenter als auch die Maßnahmenträger und deren MitarbeiterInnen zukünftig bessere Arbeits- und Weiterbildungsmöglichkeiten erwarten können.

Aktuell hinzu kommt die Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Menschen, die für uns alle eine enorme Herausforderung sein wird. Das kostet Geld und braucht ebenso noch viel mehr gutes Personal – das derzeit in Berlin knapp ist.

Bisher liegt aus dem Hause der Arbeits- und Integrationsministerin Kolat lediglich ein dürftiges 10-Punkte-Papier zur Arbeitsmarktintegration geflüchteter Menschen vor. Es gibt keine mit allen Akteuren abgestimmte Gesamtstrategie. Das ist fatal, denn wenn Geflüchtete schnell den Einstieg in den Arbeitsmarkt schaffen sollen, dann brauchen sie gezielte Unterstützung und vor allem ein konzertiertes Vorgehen aller Akteure auf diesem Feld.

Insbesondere bei der Anerkennung formaler Berufsqualifikationen stockt es seit Jahren in Berlin, die Verfahren laufen äußerst zäh und dauern viel zu lange. Mit den bestehenden Maßnahmen werden bisher kaum Menschen erreicht, geschweige denn Abschlüsse in relevanter Zahl anerkannt.

Noch wichtiger ist es aber gerade bei geflüchteten Menschen nicht dokumentierte Fertigkeiten und Kompetenzen zu erfassen und zu zertifizieren, damit sie entsprechend ihrer tatsächlichen Fähigkeiten beschäftigt werden können. In erster Linie gilt es hier Standards zu entwickeln, die für ArbeitgeberInnen aussagekräftig sind. Hier ist der Senat gemeinsam mit der Handwerkskammer und der IHK in der Verantwortung ein Verfahren zu entwickeln und ein Kompetenzzentrum zu schaffen.

Zudem bietet die frühzeitige Erfassung der Qualifikationen die Grundlage dafür, dass die Jobcenter gemeinsam mit den Geflüchteten Eingliederungsvereinbarungen mit den jeweils erforderlichen Qualifizierungsmaßnahmen bzw. Anpassungsqualifikationen, kombiniert mit berufsbezogenen Sprachkursen erstellen können. Wir sind in Berlin bezogen auf Träger die Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen durchzuführen sehr gut aufgestellt. Langjährige Erfahrungen mit schwierigen Zielgruppen und qualifiziertes Personal ist ebenso vorhanden, wie die Kompetenz ggf. neue zielgruppenspezifische Maßnahmen zu entwickeln.

Wenn dies nicht passiert riskieren wir, dass geflüchtete Menschen vor allem in prekären ungesicherten Jobs landen. Angesichts des in vielen Branchen bestehenden Fachkräftemangels wäre dies verantwortungslos.

Anträge und Beschlüsse

- Fraktionsbeschluss zur Frühlingsklausur am 24.02.2015
„*Flüchtlingsgipfel für Berlin – Rechte der Geflüchteten anerkennen und konkrete Maßnahmen ergreifen*“ u.a. mit Beschlüssen zur Arbeitsmarktpolitik
<http://www.gruene-fraktion-berlin.de/sites/default/files/20150224-Beschluss%20Fr%C3%BChjahrsklausur%20Fl%C3%BChtlingspolitik.pdf>

Schriftliche und mündliche Anfragen

- Mündliche Anfrage (spontan) vom 30.01.2014
„*Anstieg der Erwerbslosigkeit*“
<http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/PlenarPr/p17-042-wp.pdf#page=32>

Veranstaltungen

- Arbeitsmarktpolitische Ratschlag am 16.12.2015
„*Integration von Geflüchteten in den Berliner Arbeitsmarkt*“
mit Impuls von Jutta Cordt (Vorsitzende der Geschäftsführung der Regionaldirektion Berlin Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit) und mit Canan Bayram (Sprecherin für Integration, Migration und Flüchtlinge der Fraktion B90/Die Grünen)
- GewerkschaftsGrün Berlin & Brandenburg am 14.10.2015
„*Flüchtlingssituation und Berliner Haushalt*“
mit Canan Bayram (Sprecherin für Integration, Migration und Flüchtlinge der Fraktion B90/Die Grünen)
- Jury des Annedore Leber Preises 2015 mit Preisverleihung am 18.03.2015
[http://www.albbw.de/presse-oeffentlichkeitsarbeit/pressemeldungen/archiv/meldung/?tx_ttnews\[tt_news\]=105&cHash=de39147a504adeed55fd564f1bb8734d](http://www.albbw.de/presse-oeffentlichkeitsarbeit/pressemeldungen/archiv/meldung/?tx_ttnews[tt_news]=105&cHash=de39147a504adeed55fd564f1bb8734d)
- Input Referat im FrauenComputerZentrum Berlin (FCZB) am 15.10.2014 anlässlich
„*Jubiläumsveranstaltung – 30 Jahre Frauencomputerzentrum*“
- Fachgespräch am 26.05.2014 zur Jugendberufsagentur
mit Rolf Deutschmann (Behörde für Schule und Berufliche Bildung Hamburg),
Monika Herrmann (Bezirksbürgermeisterin Friedrichshain- Kreuzberg), Ralf Jahnke
(Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft), Peter Ogrzall

(Landesjugendhilfeausschuss Berlin) und Stefanie Remlinger (Sprecherin für Bildungspolitik der Fraktion B90/Die Grünen)

<http://stefanie-remlinger.de/bildergalerie/fachgespraech-jugendberufsagentur/>

Kulturpolitik

Kulturförderung und Räume für künstlerische Produktion in Berlin

Mein kulturpolitischer Schwerpunkt in 2014/2015 war die Reform der Kulturförderung und die Sicherung von Räumen für die künstlerische Produktion in Berlin. Mit geht es um ein besseres Gleichgewicht zwischen den Institutionen und den frei geförderten Projekten, um gute Arbeitsbedingungen und um mehr Möglichkeiten zur Kooperation unter der Beteiligten. Hier konnte ich auf ein sehr gutes grünes kulturpolitisches Profil in Berlin zurückgreifen und habe viel aktive Unterstützung und Begleitung durch die Kulturszene erfahren. Dafür bin ich dankbar.

Gut über ein Jahr haben wir mit Berliner Kulturschaffenden in einer öffentlichen Werkstattreihe die Förderstrukturen und den Reformbedarf in Berlin diskutiert. Die Ergebnisse dokumentierten wir im Herbst 2015 mit einer 30-seitigen Broschüre. Diese fasst die Ergebnisse der Gespräche unter folgenden Themen zusammen: Evaluation und Transparenz als Grundlage für eine Weiterentwicklung, Prüfung von Zielvorgaben für Institutionen, Förderung von Kooperationen institutionalisierter und freier Akteure, Ausbau des Fördervolumens und Überarbeitung der Fördersäulen (auch in Abgrenzung zur Hauptstadt Kulturförderung), angemessene und der Struktur der Kulturszene entsprechende Verteilung der Einnahmen aus der Berliner City Tax, Stärkung und Belebung des praktizierten Jurysystems, Sicherung von Räumen und dazugehöriger Infrastruktur und schlussendlich bessere und unabhängige Beratung zur Kofinanzierung über die EU-Strukturfondsmittel.

Schließlich setzte unsere Fraktion in der diesjährigen Sommerklausur Kulturpolitik als einen Schwerpunkt und verabschiedete einstimmig zwei umfassende Entschlüsse zur Kulturförderung und zur Sicherung von Räumen für Kultur. Eine derart konsequente und hohe Positionierung der Kulturpolitik auf einer Fraktionsagenda ist aktuell einmalig in Berlin und wir haben in der Tat sehr viel positives Interesse an unserer Arbeit erfahren.

Anfang 2014 kam mit dem neuen Staatssekretär Tim Renner frischer Wind in die Kulturverwaltung. Renner hat neue Anstöße gegeben. Nun gibt es im Haushalt 2016/2017 deutlich mehr Mittel für die Kultur, nicht zuletzt durch die City Tax und durch Berlins hohen Haushaltsüberschuss. Das ist eine gute Nachricht, denn dieses Geld war notwendig und lange überfällig. Jeder in Kultur investierte Betrag kommt dieser Stadt zugute und bereichert diese. Trotzdem bleibt es wichtig, dass Kulturpolitik transparent und nachhaltig für diese Stadt handelt. Hier äußere ich nach wie vor Kritik, denn gerade *wegen* der nun mehr zur Verfügung stehenden Mittel, hätten der Senat und auch die große Koalition mehr Reformen auf den Weg

bringen und zukunftsweisende Schwerpunkte setzen können. Allen voran eine sehr viel stärkere inhaltliche und langfristige Förderung von Kooperationen unter den Beteiligten und die Möglichkeit von besseren, gleitenden Übergängen zwischen den verschiedenen Förderstufen der Kulturpolitik.

Zudem beobachte ich, dass der Senat in seine Ausschreibungen immer mehr wirtschaftlichen Jargon einbaut. Und damit derartiges auch mehr ins Zentrum von künstlerischer Arbeit in Berlin schiebt. Gerade die öffentliche Kulturförderung sollte aber eigentlich dafür stehen, die KünstlerInnen soweit möglich von diesen Anforderungen frei zu halten, anstatt dies noch zu verstärken. Der positive wirtschaftliche Effekt des einzigartigen Zusammenspiels der Kulturinstitutionen und der freien Szene in Berlin ist mittlerweile jedem bekannt. Unserem Eindruck nach avanciert dieser positive *Nebeneffekt* der Kultur aber für den Senat immer mehr zu einem eigentlichen *Nutzen* des kulturellen Angebots.

Anträge und Beschlüsse

- Beschluss der LDK Bündnis 90/Die Grünen vom 10.10.2015
„Gute Arbeit für Berlin – Grüne gegen prekäre Beschäftigung und Lohndumping im öffentlichen Auftrag“ u.a. mit der Forderung eines Mindesthonorars für die freie Szene
http://gruene-berlin.de/sites/gruene-berlin.de/files/beschluss_gute_arbeit_fuer_berlin_0.pdf
- Fraktionsbeschluss zur Sommerklausur am 27.08.2015
„Reform der Kulturförderung – Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Entwicklung“
http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/Beschlusspapier_Reform_der_Kulturfoerderung.pdf
- Fraktionsbeschluss zur Sommerklausur am 27.08.2015
„Kultur braucht Frei-Räume – Strukturelle Anforderungen zur Sicherung von Räumen für Kulturproduktion in Berlin“
http://sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/Beschlusspapier_Kultur_braucht_Freiraeume.pdf

Schriftliche und Mündliche Anfragen

- Schriftliche Anfrage vom 03.06.2015
„Welcher Bedarf an Räumen für künstlerische Arbeit besteht in Berlin?“
http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/A_Antwort_S17-16347.pdf
- Schriftliche Anfrage vom 29.04.2015
„Wie transparent sind Grundstücksverkäufe aus dem Fachvermögen Kultur?“
<http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/s17-16103.pdf>

- Schriftliche Anfrage vom 31.03.2015
„Zur Nutzung von EU Mitteln für Kultur in Berlin“
http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/A_Antwort_S17-15932.pdf
- Schriftliche Anfrage vom 19.03.2015
„Wie werden zukünftig landesgeförderte Räume für künstlerische Arbeit in der freien Szene verwaltet?“
http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/A_Antwort_S17-15817.pdf
- Schriftliche Anfrage vom 19.11.2014
„Verspielt der Senat die Zukunft Berliner Musikensembles?“
http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/A_S17-14984.pdf
- Schriftliche Anfrage vom 01.07.2014
„Zur Entwicklung der Atelierförderung in Berlin“
http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/S17-14104_01.pdf
- Schriftliche Anfrage vom 13.06.2014
„Entwicklung der Zuschüsse für kulturelle Aktivitäten freier Gruppen“
<http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/S17-13987.pdf>
- Schriftliche Anfrage vom 10.04.2014
„Aktuelle Situation des Atelierhauses Prenzlauer Promenade“
<http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/S17-13615-1.pdf>

Veranstaltungen

- Sommerklausur der Fraktion 27.–29.08.2015
mit dem Schwerpunkt Kulturpolitik und den Gästen Janina Benduski/LAFT Berlin, Barbara Friedrich/Uferstudios, Ulrich Khuon/Deutsches Theater Berlin, Christophe Knoche/
Koalition der Freien Szene, Dietmar Schwarz/Deutsche Oper Berlin.
<http://www.gruene-fraktion-berlin.de/presse/pressemitteilung/gr-nen-sommerklausur-i>
- Werkstattreihe zur Kulturförderung April 2014 – Mai 2015
mit den PatInnen Stéphane Bauer (Kunstraum Kreuzberg/Bethanien), Eva-Maria Hoerster
(Hochschulübergreifendes Zentrum Tanz Berlin), Ulrich Khuon (Deutsches Theater Berlin),
Moritz Malsch (Literaturhaus Lettrétage), Dietmar Schwarz (Deutsche Oper Berlin), Folkert
Uhde (Radialsystem V), Franziska Werner (Sophiensaele) und Dr. Thomas Wohlfahrt
(Literaturwerkstatt Berlin):
 - *„Ouvertüre – Balance in der Kulturförderung“* am 09.04.2014 in den Sophiensaeelen
<http://www.sabine-bangert.de/index.php?id=36>
 - *„Akt 1 – Fokus Musik“* am 19.05.2014 im Konzerthaus Berlin
<http://www.sabine-bangert.de/index.php?id=38>

- „Akt 2 – Fokus Literatur“ am 30.06.2014 in der Lettrétage
<http://www.sabine-bangert.de/index.php?id=39>
- „Akt 3 – Fokus Darstellende Künste“ am 29.09.2014 im Deutschen Theater Berlin
<http://www.sabine-bangert.de/index.php?id=40>
- „Akt 4 – Fokus Bildende Künste“ am 10.11.2014 im Institute for Contemporary Art Kunst-Werke Berlin
<http://www.sabine-bangert.de/index.php?id=41>
- „Reprise – Ressortübergreifende Handlungsaufträge für eine Reform der Kulturförderung“ am 26.01.2015 im Berliner Abgeordnetenhaus
<http://www.sabine-bangert.de/index.php?id=42>
- „EU Förderung für Kultur in Berlin nutzen – Ergebnisse der Werkstattgespräche“ am 11.05.2015 im Berliner Abgeordnetenhaus
<http://www.gruene-fraktion-berlin.de/artikel/eu-f-rderung-f-r-kultur-in-berlin-nutzen>

Veröffentlichungen und Beiträge

- Broschüre vom 04.09.2015 zur Dokumentation der Werkstattreihe
„Reform der Kulturförderung – Wege zu mehr Gerechtigkeit“
<http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/Broschuere-Kulturfoerderung-WEB-final.pdf>
- Dokumentation und Protokolle aller Werkstattgespräche zur Kulturförderung unter
<http://www.sabine-bangert.de/index.php?id=35>
- Beitrag in den Stachligen Argumenten/Zeitung des grünen Landesverbands Berlin, Ausgabe II/2014
„Kulturförderung neu denken“
http://gruene-berlin.de/sites/gruene-berlin.de/files/2014_07_ausgabe_sga190.pdf
- Interview zur Tanzförderung vom 11.08.2014
<http://tanzforderung.de/sabine-bangert-md-a-buendnis-90-die-gruenen/>

Haushaltsverhandlungen

Gerade wurde der neue Landeshaushalt für 2016/2017 verabschiedet. Es gibt deutlich mehr Mittel, auch für die Kultur. Aber nicht vergessen: der Senat hat dies zu seinem „Wahlkampf-Haushalt“ gemacht! Und der Teufel steckt wie so oft im Detail. Einen erheblichen Teil der neuen Mittel für Kultur behält sich der Senat zur eigenen, recht untransparenten Vergabe vor, an Parlament und Kulturszene vorbei. Die beschlossenen Zahlen werden von Senatsseite beispiellos schön gerechnet und schaut man genauer, lässt sich zum Beispiel die behauptete Erhöhung für die freie Szene deutlich anzweifeln. Ein paar Punkte herausgesucht:

Die Erhöhung für die freien Gruppen im Bereich Darstellende Künste beträgt im Vergleich zu 2015 nur 100.000 EUR (2016) bzw. 850.000 EUR (2017) – zusammen 950.000 EUR und nicht wie behauptet 1,65 Mio EUR mehr. Es gibt keine Erhöhung für die Konzeptförderung. Die Erhöhung für Sascha Waltz & Guests ist keine Erhöhung für die freie Szene. Das Hebbel Theater ist nicht als Ankerinstitution ausgewiesen. Die Volksbühne wird nicht als Kooperationspartner für die freie Szene benannt und ebenso nicht das Maxim Gorki Theater, dabei laufen hier die meisten Koproduktionen. Die Streichung für die Stiftung Radial in Höhe von 406.000 Euro wird in der Pressemitteilung der Kulturverwaltung zum Haushalt erst gar nicht erwähnt und berechnet.

Der beschlossene Vergabeprozess zur City Tax ist nicht wie behauptet mit dem Haushaltsgesetzgeber abgestimmt sondern nur unter Hinzuziehung der kulturpolitischen SprecherInnen der Koalitionsfraktionen verhandelt. Der Spielraum der Mittel aus der City Tax wurde nicht genutzt. Hier wären mindestens 10 Mio EUR für Kultur drin gewesen und nicht nur 3,5 Mio EUR. Unsere Fraktion wollte zusätzlich den bereits eingestellten Mitteln 6,5 Mio EUR aus der Tax für die Kultur on top. Damit wäre der Etat für die freie Szene insgesamt um circa 30 Mio. Euro im Doppelhaushalt 2016/2017 gestiegen.

Anträge und Beschlüsse

- Detaillierter Kommentar zum Kulturhaushalt 2016/2017 auf meiner Website mit einer Übersicht unserer Änderungsanträge vom 20.11.2015 zum Haushaltsentwurf 2016/2017 zum Einzelplan 03/Kultur im Ausschuss für kulturelle Angelegenheiten
www.sabine-bangert.de
- Antrag vom 08.12.2014
„Zusage einhalten: Einnahmen aus der City Tax für Kultur, Sport und Tourismus einsetzen“
<http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/DruckSachen/d17-2009.pdf>

Humboldt-Forum und die Museumsrochade in Berlin

Noch in der kommenden Legislatur soll das Humboldt-Forum eröffnet werden. Der Bau des „Schlosses“ schreitet zuverlässig voran. Wir haben das Forum in einem solchen Bau, mit dieser geschichtsträchtigen Vergangenheit nicht gewollt. Vieles an dem Projekt „Humboldt-Forum“ kam – so zumindest scheinbar – mit einem großen blinden Fleck daher: zur Geschichte Preußens und Deutschlands um und seit dem ersten Bau des Schlosses, die Zeiten des Palasts der Republik aus dem Blickfeld gelöscht und auch das, was sich auf der freien Fläche vor Baubeginn für kurze Zeit wunderschön entwickelte, vermisst man schmerzlich an diesem Ort. Aber was den meisten – bei aller berechtigten Kritik – im Ärgernis über das „Preußenschloss“ verloren geht: hier soll ein öffentlicher Ort im Zentrum der Stadt geschaffen werden und das ist auch begrüßenswert. Tatsächlich wäre der schlimmste Fall, dass Teile des Gebäudes aus Geldmangel mit Dependancen großer Unternehmen besetzt werden, oben das Restaurant, die Museen von TouristInnen gut besucht, aber der Raum sonst nicht wirklich öffentlich genutzt.

Das Forum muss aus der Zivilgesellschaft und Politik mitgestaltet und kommentiert werden. Das ist nicht immer einfach und leicht zugänglich. Die zuständige Stiftung Berliner Schloss-Humboldtforum setzte bisher allen Fokus auf das Bauvorhaben und gewichtete die kulturellen Inhalte nicht angemessen. Die Gründungsintendanz als „beratendes Gremium“ hat gerade erst ihre Arbeit begonnen. Eine bedeutende Rolle kommt immer noch der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) zu, die mit den außereuropäischen Sammlungen der Staatlichen Museen zu Berlin den zentralen Ausstellungsteil prägt: der größte Kulturtanker der gesamten Bundesrepublik, der mit seinem buchstäblich preußischen Erbe, einhergehenden Strukturen und Verantwortungen schwerfällig ist. Die Humboldt-Universität zu Berlin erarbeitet fundiert und beständig ihren Beitrag zum Forum – das Land Berlin aber zeigte sich bisher für seine Flächen komplett unzuverlässig. Das erst im März 2015 von Kultursenator Müller präsentierte „Konzept“ zu „Welt.Stadt.Berlin“ – alle bisherigen Ideen und Kosten für die „Welt der Sprachen“ der ZLB mal eben über Bord geworfen! - war gänzlich uninspiriert und oberflächlich. Aber der Prozess, der Streit und die Meinungsfindung nicht nur unter den AmtsinhaberInnen sind längst in vollem Gange und sie bewegen etwas. So könnte zur Eröffnung doch ein offener und reflektierter Ort entstehen. Viele andere Akteure und Institutionen der Stadt werden kritische Antworten auf das Humboldt-Forum präsentieren – umso besser, wenn dies die Auseinandersetzung auch mit Deutschlands kolonialistischem Erbe und einem Verständnis von kultureller Vielfalt heute anregt!

Hinzu kommt aber quasi als Nebenschauplatz des Forums, dass Bund und Land derzeit Rochade mit den großen Ausstellungsorten in Berlin spielen. Langfristig sollen die meisten Sammlungen der Staatlichen Museen zu Berlin rund um das Forum und in Mitte zentriert werden – das erscheint einem zum Teil die einzige Motivation der Investitionen. Die SPK-Standorte am Potsdamer Platz werden umgebaut und mit dem Museum der Moderne erweitert. Derweil werden die Standorte der Dahlemer Museen und der Depotbau in Friedrichshagen komplett vernachlässigt. Neuerdings bezuschusst der Bund nun auch Investitionen für die Stiftung Stadtmuseum. Tatsächlich werden Bau- und Projektförderungen derzeit zum Teil recht unbemerkt auf die Bundesebene geschoben (Beispiel Investitionen für das Stadtmuseum oder neue Bundesmittel zur Tanzförderung). Das mag für Berlin zuerst begrüßenswert erscheinen. Aber ich halte es für gut möglich, dass wir das in dem neuen, derzeit in Verhandlung befindlichen Hauptstadtfinanzierungsvertrag teuer bezahlen werden.

Schriftliche und Mündliche Anfragen

- Schriftliche Anfrage vom 03.12.2015
„Zur weiteren Entwicklung der Dahlemer Museumsbauten“
http://sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/Dahlem_S17-17544.pdf
- Schriftliche Anfrage vom 01.12.2015
„Bundesmittel für die Stiftung Stadtmuseum/Märkisches Museum – unter welchen Bedingungen?“
http://sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/Maerkisches_Museum_S17-17500.pdf

- Mündliche Anfrage vom 26.03.2015
„Konzept ‚Welt.Stadt.Berlin‘ im Humboldt-Forum“
<http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/PlenarPr/p17-062-wp.pdf#page=24>
- Schriftliche Anfrage vom 18.03.2015
„Was sind die Folgen der 100-Grad-Wende des Berliner Beitrags im Humboldt-Forum?“
http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/A_Antwort_S17-15805_01.pdf
- Schriftliche Anfrage vom 25.09.2014
„Wer gestaltet das Humboldtforum?“
http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/A_Antwort_S17-14629.pdf
- Mündliche Anfrage vom 18.09.2014
„Humboldt-Forum“
<http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/PlenarPr/p17-052-wp.pdf#page=27>
- Mündliche Frage vom 30.01.2014
„Ausstieg der ZLB aus dem Humboldtforum?“
http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/MA-Humboldtforum_n17-04216.pdf

Veranstaltungen

- „Morgenpost Leserforum zum Humboldt-Forum“ am 17.09.2015
mit Michael Müller (SPD) / Regierender Bürgermeister von Berlin, Horst Bredekamp / Professor an der Humboldt-Universität und einer der Gründungsintendanten des Humboldt-Forums, Wilhelm von Boddien / Geschäftsführer des Fördervereins Berliner Schloss e.V., Jochim Stoltenberg / Autor der Berliner Morgenpost, Moderation Hajo Schumacher / Publizist und Kolumnist der Berliner Morgenpost
<http://www.morgenpost.de/berlin/article205743251/Video-Was-soll-in-das-Humboldt-Forum.html>
<http://berliner-schloss.de/blog/pressespiegel/ein-schloss-fuer-die-ganze-welt-und-alle-berliner/>

Bibliotheken

Die öffentlichen Bibliotheken sind bürgernahe und zeitgenössische Orte der Kultur im Herzen der Stadt, sie fördern Partizipation und Demokratie und sind von höchster Aktualität wenn es um die Gemeinschaftsbildung geht. In einem Stadtstaat wie Berlin, mit Bezirken zum Teil in der Größe einer mitteldeutschen Stadt, drohen die bezirklichen Bibliotheken als freiwillige kulturelle Einrichtungen zwischen verschiedenen lokalen Schwerpunkten zerrieben zu werden. Berlins wissenschaftliche Bibliotheken wiederum fördern unseren Forschungsstandort und brauchen gleichfalls aktive politische Unterstützung in Zeiten des digitalen Wandels. Deshalb hat unsere Fraktion in dieser Legislatur ein Landes-Bibliothekskonzept gefordert – seit 20 Jahren hat es in Berlin kein Neues mehr gegeben! – und selbst ein umfangreiches Bibliothekspapier verabschiedet.

Wir sind froh, dass die Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) nicht in der Form neu gebaut wird, wie der Senat es stur bis zum „Nein“ des Volksentscheid Tempelhofer Feld immer weiter vorantrieb. Die vorliegenden Pläne für den Bau waren schlecht vorbereitet. Weder der wirkliche Bedarf noch verschiedene alternative Standorte wurden jemals seriös geprüft. Auch der Rechnungshof rügte den laschen Umgang des Senats mit den öffentlichen Mitteln für diesen Neubau. Aber nachdem der Bau auf dem Tempelhofer Feld nun vom Tisch ist, vernachlässigt der Senat das Thema komplett. Die ZLB ist dem Senat derzeit nicht viel wert. Zwar gibt es immer wieder Äußerungen einzelner Koalitionspolitiker zu diesem Thema, Presse hier, Fachgespräche dort. Aber wer genau hinschaut sieht: Gelder für die dringend notwendige Zusammenführung der ZLB-Dependancen an einem Standort, die hat der Senat tatsächlich auf den Sankt-Nimmerleins-Tag geschoben. Man findet sie nicht im Haushalt. Ende November sollten die Ergebnisse einer erneuten Standortprüfung von Seiten des Senats vorliegen, aber auch diese sind bis heute nicht da.

Anträge und Beschlüsse

- Positionspapier der Fraktion vom 28.04.2015
„Bibliotheken in Berlin stärken“
http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/POS_Gruene_Fraktion_Bibliothekspapier_verabschiedet.28.04.2015.pdf
- Antrag vom 28.05.2014
„Ergebnisse des Tempelhof-Volksentscheids ernst nehmen: Der Weg ist frei“
<http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/DruckSachen/d17-1680.pdf>
- Antrag vom 07.05.2014
„Keine Fakten beim Neubau der Zentral- und Landesbibliothek schaffen“
http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/AN-ZLB_Rechnungshof_d17-1629.pdf
- Antrag vom 29.04.2014
„Bibliotheken sind unverzichtbare Bildungs- und Kultureinrichtungen: Berlin braucht ein aktuelles Bibliothekskonzept“
http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/AN-Bibliothekenkonzept_d17-1620.pdf

Schriftliche und Mündliche Anfragen

- Schriftliche Anfrage vom 09.02.2015
„Zur Zukunft der Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB)“
<http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/s17-15481.pdf>
- Schriftliche Anfrage vom 17.07.2014
„Ist die Unterstützung der öffentlichen Bibliotheken mit EU Mitteln gesichert?“
<http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/S17-14237.pdf>

- Mündliche Anfrage vom 03.07.2014
„*Weiternutzung des Rathauses Friedenau*“
<http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/PlenarPr/p17-051-wp.pdf#page=39>

Veranstaltungen

- Gespräch des Kommunalpolitischen Forums Bündnis 90/Die Grünen (KoPoFo) am 17.04.2015 zur Ausarbeitung des Positionspapiers zu Bibliotheken
- Fachgespräch zu den öffentlichen Bibliotheken in Berlin am 07.07.2014 mit Jörg Arndt (Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB)), Jana Borkamp (B'90/Die Grünen, Bezirksstadträtin Friedrichshain-Kreuzberg Abteilung für Finanzen, Facility Management, Kultur und Weiterbildung), May-Britt Grobleben (RFID-Projektleiterin VÖBB), Volker Heller (Vorstand und Managementdirektor der Stiftung ZLB), Beate Herbst (Leiterin des Verbund der Öffentlichen Bibliotheken Berlin), Jörn Oltmann (B'90/Die Grünen, bvj Tempelhof-Schöneberg, Facility Management Ausschuss), Gisela Rhein (Leitung Hauptjugendbibliothek Spandau), Hella Schwemer (Direktion Stiftung Hamburger Öffentliche Bücherhallen)

Staatsoper Untersuchungsausschuss

Die Sanierung der Staatsoper Unter den Linden: ein Beispiel dafür, wie es eben genau *nicht* ablaufen sollte! Unser Ziel in diesem Untersuchungsausschuss ist es, klare Handlungsempfehlungen für die Zukunft herauszuarbeiten. Denn schon jetzt kann man als Zwischenbilanz festhalten, dass das Projekt unzureichend vorbereitet war und dass durch politisches Steuerungsversagen und Druck seriöses Arbeiten verhindert wurde. Es gab keine wirklich klaren Vorgaben und auch kein Enddatum für neue Wünsche, die in der ursprünglichen Bedarfsplanung nicht enthalten waren. Die Folge: teils absurde Umplanungen, nachträgliche bauliche Veränderungen, Zeitverzögerungen, Mehrkosten ... Die Kulturverwaltung hat ihren Job nicht gemacht und die Verwaltung für Stadtentwicklung wiederum den Druck auf die MitarbeiterInnen weitergeleitet. Wir wollen mit dem Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses auch Empfehlungen zur Veränderung bestimmter struktureller Rahmenbedingungen für Bauvorhaben dieser Größenordnung vorlegen, um konstruktive Konsequenzen aus dem Fall zu ziehen.

Anträge und Beschlüsse

- Antrag vom 10.02.2015
„Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Ursachen, Konsequenzen und Verantwortung für die Kosten- und Terminüberschreitungen bei der Sanierung der Staatsoper Unter den Linden“
<http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/DruckSachen/d17-2098.pdf>

Schriftliche und Mündliche Anfragen

- Schriftliche Anfrage vom 11.12.2014
„Baustelle Staatsoper – wer hat was begutachtet?“
http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/A_Antwort_S17-15137.pdf
- Schriftliche Anfrage vom 11.02.2014
„Wünsch dir was – Staatsopernsanierung eine never ending story?“
http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/S17-13216_01.pdf

Veröffentlichungen und Beiträge

- Gastbeitrag im Tagesspiegel am 18.01.2015
„Wünsch-dir-was ohne Geht-denn-das“
<http://www.tagesspiegel.de/berlin/sanierung-der-staatsoper-wuensch-dir-was-ohne-geht-denn-das/11244182.html>
- Beitrag in den Stachligen Argumenten/Zeitung des grünen Landesverbands Berlin, Ausgabe I/2015
„Drama Staatsoper – Sanierung immer teurer“
http://gruene-berlin.de/sites/gruene-berlin.de/files/stachlige_argumente_maerz15.pdf

Erinnerungskultur

Anträge und Beschlüsse

- Antrag vom 29.04.2014
„Campus der Demokratie‘ in der Lichtenberger Ruschestraße aktiv entwickeln“
<http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/DruckSachen/d17-1619.pdf>

Schriftliche und Mündliche Anfragen

- Schriftliche Anfrage vom 24.08.2014
„Stolpersteine in Berlin“
http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/S17-14427_01.pdf
- Schriftliche Anfrage vom 17.06.2014
„Zum aktuellen Stand der Provenienzforschung in Berlin III“
<http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/S17-14238.pdf>
- Schriftliche Anfrage vom 02.05.2014
„Zum aktuellen Stand der Provenienzforschung in Berlin II“
http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/Anfrage_Provenienzforschung_S17-13707.pdf
- Schriftliche Anfrage vom 12.03.2014
„Stelenausstellung ‚Orte der Friedlichen Revolution‘ – aus den Augen aus dem Sinn?“
http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/Anfrage-Stelen_S17-13381.pdf
- Mitglied in der Parlamentarischen Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar

Einzelne Institutionen und Themen

Anträge und Beschlüsse

- Antrag vom 22.09.2014
„Nutzung der gesetzlichen Mittel für ‚Kunst am Bau‘ und ‚Kunst im öffentlichen Raum‘ optimieren“
<http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/DruckSachen/d17-1860.pdf>

Schriftliche und Mündliche Anfragen

- Schriftliche Anfrage vom 30.09.2015
„Zur zukünftigen Nutzung des Palais am Festungsgraben“
<http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/S17-17119.pdf>
- Schriftliche Anfrage vom 28.07.2015
„Zur räumlichen Entwicklung der Stiftung Stadtmuseum Berlin“
http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/A_Antwort_S17-16716.pdf

- Schriftliche Anfrage vom 23.06.2015
„Was passiert mit der Immobilie Bogensee?“
http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/A_Antwort_S17-16484.pdf
- Schriftliche Anfrage vom 27.05.2015
„Zur ‚Weiterentwicklung‘ der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz“
http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/A_Antwort_S17-16288.pdf
- Schriftliche Anfrage vom 19.04.2014
„Blockiert der Senat die Effektivität der Werkstätten des Bühnenservices?“
http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/Anfrage_Buehnenservice_S17-13265.pdf
- Mündliche Anfrage vom 20.02.2014
„Kinder- und Jugendballett der Deutschen Oper beim Garzer Kultursommer“
<http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/PlenarPr/p17-043-wp.pdf#page=31>
- Kleine Anfrage vom 29.01.2014
„Entscheidungen über Weltkulturerbe unter Ausschluss der Öffentlichkeit?“
http://www.sabine-bangert.de/fileadmin/DATEN/downloads/Anfrage_Weltkulturerbe_ka17-13126.pdf

Veranstaltungen

- Fachgespräch am 24.02.2014
„Global Music“ als Teil der Veranstaltungsreihe *„multiKULTUR – mitgebracht und neu gemacht“*
<http://www.gruene-fraktion-berlin.de/multikultur>
- Mitglied im Landesausschuss Jugend Musiziert Berlin